

Themenübersicht:

Editorial

1. Grüne fordern Abschaffung der Abschiebungshaft
2. Langer Konflikt wurde nicht gelöst
3. Schuldenbremse ja, aber so nicht
4. Zulassungsbeschränkungen im Master sind das falsche Signal
5. Sorgenkind Mitte-Deutschland-Verbindung
6. Für Informationsfreiheitsgesetz werben
7. Regierung im ländlichen Raum ohne Engagement
8. Landesregierung verspielt Zukunftschancen
9. Forderung nach Stärkung der einzelnen Schulen im Zuge der Schulamtsreform
10. Biene als ökologisches Frühwarnsystem ernstnehmen
11. Für ein transparentes und schnelles Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen
12. Erfolg für unsere Initiative zur Einnahmesteigerung

## Editorial

---

Liebe Freundinnen und Freunde,

Japan ist von der schwersten Naturkatastrophe in seiner Geschichte getroffen worden. Nach dem Erdbeben, dem Tsunami und der für die Jahreszeit ungewöhnlichen Kälte ist die Zahl der Opfer noch immer unklar. Hinzu kommen die ungewissen Folgen des GAUs im AKW Fukushima.

Uns alle haben die Nachrichten und Bilder aus Japan betroffen gemacht. Ich habe die Ministerpräsidentin rasch nach den schrecklichen Ereignissen in Japan um ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden gebeten, dieses hat auch stattgefunden. Dabei wurde angeregt, einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktion zu verfassen. Dazu wurde intensiv gearbeitet, dennoch konnten wir nicht unterschreiben.

Diese Entscheidung haben wir uns nicht leicht gemacht. Aber der schnellstmögliche und endgültige Ausstieg aus der Atomkraft war und ist eine der Grundfesten der GRÜNEN. Dieses Ziel haben wir nie aus den Augen verloren und auch nach der Regierungsübernahme von 1998 im Bund zusammen mit der SPD konsequent verfolgt. Die sofortige Abschaltung aller AKW war aber nicht durchsetzbar. Wir haben es in harten Verhandlungen geschafft, die Atomrisiken zeitlich klar zu begrenzen. Es war ein Konsens, mehr nicht. Immerhin wären bereits fünf Reaktoren stillgelegt. Bis März nächsten Jahres würden zwei weitere folgen.

Unsere aktuelle Formel lautet: Die sieben ältesten AKWs und den Pannen-Meiler in Krümmel sofort abschalten, das Kerntechnische Regelwerks von 2009 in Kraft setzen und die Laufzeitverlängerung streichen. Nichts davon fand den Weg in das Papier, es war für uns daher nicht tragbar.

Von CDU und FDP haben wir wenig erwartet. Dankenswerterweise bestätigte ja Herr Brüderle noch einmal, was alle längst wissen: Das verkündete Moratorium ist reine Wahlkampfaktik. Der Linken schien das gemeinsame Papier trotz aller Anti-Castor-Demos eine Zustimmung wert zu sein. Unverständlich aber das Verhalten der SPD: Während Siegmund Gabriel landauf, landab die oben genannten Forderungen vertritt, stimmten die Thüringer Sozialdemokraten dagegen!

Wahlkampfaktik und strategische Windungen gibt es mit uns nicht. Beim Thema Atom sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie bei allen anderen Themen verlässlich. Wie das in diesem Plenum aussah, könnt Ihr in diesem Newsletter lesen.

Herzlich

Eure Fraktionsvorsitzende

*Anja Siegesmund*

## **1. Grüne fordern Abschaffung der Abschiebungshaft – EU-Rückführungsrichtlinie umsetzen**

---

### **Astrid Rothe-Beinlich: Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sind keine StraftäterInnen**

„Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis sind keine StraftäterInnen sind und dürfen deshalb auch nicht als solche behandelt werden. Das fordert nicht zuletzt, die seit 2008 festgeschriebene EU-Rückführungsrichtlinie. Doch die Umsetzung ist auch in Thüringen noch nicht ausreichend erfolgt. Die Inhaftierung in einem Abschiebegefängnis seitens der Gerichte wird jedoch auch in Thüringen noch viel zu häufig ohne Not angeordnet und stellt insbesondere für Kinder und Jugendliche, Schwangere, Ältere, Behinderte oder für traumatisierte Flüchtlinge eine unzumutbare Belastung dar. Dass Abschiebungshaft den betroffenen Menschen unnötiges Leid zufügt und körperliche und seelische Gesundheit beeinträchtigt, zeigte uns nicht zuletzt die Jesuiten-Flüchtlingsstudie. Wir fordern daher die Landesregierung mit unserem im Landtag eingebrachten Antrag dazu auf, sich per Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Abschiebungshaft einzusetzen und bei den zuständigen Behörden im Freistaat für eine zügige Lockerung der Vorgaben zu sorgen“ erläutert Astrid Rothe-Beinlich, unsere migrationspolitische Sprecherin im Thüringer Landtag.

„Dass unser Antrag nicht einmal in die Ausschüsse verwiesen wurde, ist enttäuschend. Insbesondere weil auch die SPD dagegen stimmte, zumal die SPD-Fraktion in Niedersachsen gemeinsam mit den Grünen einen Antrag mit gleicher Zielsetzung in den Landtag in Hannover eingebracht hat. Jeder einzelne Fall von Abschiebungshaft ist einer zu viel“, so unser innenpolitischer Sprecher Dirk Adams.

## **2. Langer Konflikt wurde nicht gelöst**

---

Seit nunmehr 20 Jahren kämpfen engagierte Bürgerinitiativen gegen eine Erhebung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen. Viele BeitragsschuldnerInnen wurden durch eine Belastung – zum Teil im fünfstelligen Bereich – an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gebracht und oftmals überstieg der erhobene Beitrag den Wert des eigenen Grundstücks.

Vor diesem Hintergrund sind wir enttäuscht von der ablehnenden Haltung der Koalitionsparteien gegenüber unseres gemeinsam mit der LINKEN vorgelegten Entwurfs zum Kommunalabgabengesetz. „Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf bringt die Bürgerinnen und Bürger keinen Schritt weiter und wird keine Akzeptanz finden“, meint unser innenpolitischer Sprecher Dirk Adams. Auch bleiben wesentliche Probleme, wie der Umgang mit den Herstellungsbeiträgen für Abwasser, einfach ausgespart. „Wir hatten uns dafür eingesetzt, dass die Beiträge auf die Wassergebühren umgelegt werden, um so gleichzeitig einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen zu ermöglichen.“

Wie existenziell das Thema Kommunalabgaben ist, zeigen die Proteste von Bürgerinnen und Bürgern, die immer wieder aufkeimen, wenn das Thema im Landtag diskutiert wird. „Gerade deshalb hatten wir auf eine langfristig tragfähige Lösung des bereits Jahrzehnte währenden Konflikts gehofft“, sagt Adams. **„Unser Entwurf hätte allen Anforderungen an Solidarität und Transparenz genügt.“**

### **3. Schuldenbremse ja, aber so nicht**

---

Die FDP hat mal wieder vergeblich versucht, sich an die Spitze eines Trends zu setzen. Sie beantragte, für Thüringen eine sogenannte Schuldenbremse einzuführen, also für das Land keine Schulden mehr zu erlauben. Leider schoss sie dabei über das Ziel hinaus und wollte auch keine Ausnahmen, etwa für eine schwere Rezession, zulassen. „Dafür erntete sie nicht nur bei uns, sondern auch bei allen anderen Fraktionen Kritik“, sagt unser finanzpolitischer Sprecher, Carsten Meyer. „Der Antrag wurde zu Recht abgelehnt.“

### **4. Zulassungsbeschränkungen im Master sind das falsche Signal – Grüne fordern stattdessen Ausbau der Master-Studienplätze**

---

Die Landesregierung hat eine Änderung des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes vorgelegt. Astrid Rothe-Beinlich, unsere hochschulpolitische Sprecherin, erläutert dazu die Position der bündnisgrünen Landtagsfraktion.

„Die Thüringer Hochschulen sind hochgradig unterfinanziert, deshalb haben wir auch zu wenig Master-Studienplätze. Mehr als Dreiviertel der Studierenden würden gern den Master erwerben – laut Hochschulverband ergattert jedoch nur jeder dritte Bachelorabsolvent einen Master-Platz. Dass die Landesregierung nun den Numerus Clausus auch für Master-Studienplätze einführen will, halten wir ganz klar für das falsche Signal, denn der Bedarf und die Nachfrage an höheren Abschlüssen steigen stetig. Dem müssen sich auch die Kapazitäten der Master-Studiengänge anpassen. Es kann nicht sein, dass für stark nachgefragte Studiengänge der Zugang erschwert wird. Wir fordern daher den bedarfsorientierten Ausbau der Studienplätze in Thüringen auch bei den Master-Plätzen. Wir machen uns für den individuellen Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz für alle Bachelor-AbsolventInnen stark. Denn viele Bachelor-Abschlüsse bieten einfach keine ausreichenden beruflichen Perspektiven. Angesichts der Wehrreform brauchen wir mehr Studienplätze und daher eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen. Dazu muss sich die Landesregierung endlich für eine gemeinsame Bildungsfinanzierung von Bund und Ländern einsetzen und die Initiative ergreifen, endlich das Kooperationsverbot abzuschaffen. Dem vorgelegten Änderungsgesetz werden wir so nicht zustimmen und werden

uns in den weiteren Beratungen für substantielle Änderungen des Hochschulzulassungsgesetzes im Sinne der Studierenden einsetzen. Wir werben für eine ausreichend finanzierte, qualitativ hochwertige Hochschulbildung. Dazu muss der Bildungsminister jedoch Prioritäten setzen und beim Finanzminister durchsetzen. Denn Zukunftsinvestitionen in die Bildung rechnen sich um ein Vielfaches.“

## **5. Sorgenkind Mitte-Deutschland-Verbindung**

---

Die Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV), vom Ruhrgebiet bis nach Sachsen reichend, bleibt weiter unser Sorgenkind. Besonders auf der stark genutzten Strecke zwischen den größten Städten Thüringens verhindern eingleisige Abschnitte einen kundengerechten Betrieb.

„Im Bermudadreieck von Bundesregierung, Deutscher Bahn AG und Landesregierung wird die Verantwortung für diese vordringliche Maßnahme immer wieder hin und her geschoben“, sagt Jennifer Schubert, unsere verkehrspolitische Sprecherin. „Das ist auch kein Wunder, denn das Geld ist knapp. Stuttgart 21 und Thüringer-Wald-Bahn binden mehr als die Hälfte der geplanten Mittel. Doch die Zeit drängt.“ Sollte der ICE-Verkehr tatsächlich ab 2017 nur noch über Erfurt laufen, wäre die Region um Jena sonst vom Bahn-Fernverkehr abgeschnitten.

Wir haben deshalb einen Antrag ins Plenum eingebracht, der zum Einen fordert, die Planungen voranzutreiben. Zum anderen sollte die Landesregierung alternative Finanzierungen für diese und weitere Strecken in Thüringen prüfen, falls die Finanzierung durch den Bund doch nicht zustande kommen sollte. „Ein gutes Beispiel, wie so etwas dann funktionieren könnte, ist das Sonneberger Netz um die gleichnamige Stadt in Südthüringen“, so Schubert. Dort haben von gut zehn Jahren private Investoren die Gleise langfristig von der Bahn gepachtet und wieder instand gesetzt. „Besonders die Strecke zwischen Sonneberg und Neuhaus am Rennweg ist seitdem aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht und bietet eine gute Alternative für entspanntes und sicheres Reisen.“

## **6. Für Informationsfreiheitsgesetz werben**

---

Diese Woche beschäftigte den Thüringer Landtag auch ein Gesetzentwurf der LINKEN zur Stärkung des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes, das es seit 2007 bereits auf Landesebene gibt. Es soll das öffentliche Handeln transparenter machen, sodass BürgerInnen die über sie erhobenen Daten abfragen und nachvollziehen können. Im Grunde handelt es sich schlichtweg um einen Anspruch auf Akteneinsicht.

Es gibt jedoch zahlreiche Ausnahmen, so ist zum Beispiel einem Antrag auf Informationszugang gegenüber dem Landtag oder einer Strafverfolgungsbehörde nicht stattzugeben (vgl. § 1 Abs. 3 Nr. 1 ThürIFG). „Das Hauptproblem daran ist, dass kaum einE BürgerIn von diesem Recht weiß und deshalb auch keinen Gebrauch davon machen kann. Deshalb ist es besonders wichtig ein Regelungswerk zu schaffen, welches verständlich formuliert ist und den Anspruch auch klar bezeichnet“, sagt der innenpolitische Sprecher unserer Fraktion, Dirk Adams.

Eine Kleine Anfrage beim Innenministerium ergab, dass im Jahre 2008 lediglich 26 und im Jahr 2009 nur 30 Anträge auf Auskunft gestellt wurde. „Das macht deutlich, dass hier noch ein ganzes Stück Arbeit auf uns wartet, um das Gesetz in das Bewusstsein der Menschen zu rücken und zu verbessern“, schließt Adams.

## **7. Regierung im ländlichen Raum ohne Engagement**

---

### **Dr. Frank Augsten: Große Anfrage wird Handlungsbedarf aufzeigen**

Eine nachhaltige Politik für Thüringen muss den ländlichen Raum besonders im Blick haben, denn 95 Prozent des Freistaates sind ländlich geprägt. Umso unverständlicher ist das ausgesprochen geringe Engagement der Landesregierung angesichts der fortwährenden Abwanderung aus dem ländlichen Raum.

Unsere Fraktion aber nimmt die aktuellen Probleme sehr ernst und hat deshalb einen umfangreichen Fragenkatalog in Form einer Großen Anfrage an die Landesregierung übergeben. „Die Zukunft des ländlichen Raumes in Thüringen hatten wir bereits mit einem Antrag in den Landtag eingebracht und dabei unter anderem gefordert, eine Arbeitsgruppe auf der Ebene der Staatssekretäre einzurichten“, erklärt unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Dr. Frank Augsten, dazu. „Die Reaktion aus dem Regierungslager war eindeutig: Alles in bester Ordnung, einer überministeriellen Zusammenarbeit bedarf es nicht.“

Mit der Großen Anfrage wollen wir nun ergründen, wie die Landesregierung zu solch einer Einschätzung kommt. „Denn die Beantwortung der Fragen zu Infrastruktur, Abwanderung, demographischem Wandel, wirtschaftlicher Entwicklung und vielem mehr wird deutlich machen, dass es großen Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes im Freistaat gibt“, sagt Augsten. Wirtschaftsminister Machnig hat ja bereits erkannt, wie wichtig der Ausbau der Erneuerbaren Energien gerade für Thüringen ist und entsprechend gehandelt. „Nun brauchen wir ein ähnliches Bewusstsein bei allen Ministerinnen und Ministern, eine bessere Zusammenarbeit und zukunftsfähige Modelle für die Sicherung einer hohen Lebensqualität in den kleinen Städten und Dörfern des Freistaates“, schließt Augsten.

## 8. Landesregierung verspielt Zukunftschancen

---

### **Dr. Frank Augsten: Förderloch hemmt erfolgreiche Weiterentwicklung des Ökolandbaus**

Die erfolgreiche Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen in Gefahr.

„Obwohl die einheimische Produktion die Nachfrage immer weniger befriedigen kann, will die Landesregierung bis 2014 eine Förderpause für umstellungswillige Betriebe einlegen - das ist das völlig falsche Signal“, meint Dr. Frank Augsten, unser agrar- und umweltpolitischer Sprecher. Agrarminister Jürgen Reinholz (CDU) begründet die für den Freistaat neue Strategie mit der Unsicherheit der EU-Förderung nach Abschluss der aktuellen Förderperiode 2013. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist diese Argumentation jedoch vorgeschoben.

„Aus Brüssel gibt es klare Signale, dass die Förderung des ökologischen Landbaus nach 2013 auf der Liste der förderwürdigen Maßnahmen ganz weit oben steht. Das Risiko für das Land ist damit, wenn es in den kommenden drei Jahren bei der Umstellung von Fläche auf Ökolandbau in Vorleistung treten würde, quasi gleich Null“, sagt Augsten. „Nicht zuletzt auf der BIOFACH 2011 im Februar, der Weltleitmesse für Bioprodukte, konnte sich Herr Reinholz davon überzeugen, dass andere Bundesländer die Zeichen der Zeit erkannt haben und die Ökoförderung bis zum Anschluss an die neue EU-Förderperiode finanzieren.“

Unsere Fraktion hat sowohl für die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz wie auch für die Landtagssitzung Anträge zur weiteren Förderung des Ökolandbaus in Thüringen gestellt, der aber erst im nächsten Plenum behandelt wird. „Wir hoffen darauf, dass auch die Thüringer Landesregierung Investitionen in den ökologischen Landbau als Investitionen in die Zukunft eines Landes versteht, das in einem hohen Maße auf die erfolgreiche Entwicklung seiner ländlichen Räume angewiesen ist“, so Augsten.

Dabei hat die Förderung umstellungswilliger Betriebe eine Schlüsselfunktion. „Denn die Umstellung auf Ökolandbau will gut überlegt und vorbereitet sein – schließlich bedeutet das Verbot des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln, von hochwirksamen Düngemitteln, des vorbeugenden Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung und der meisten Lebensmittelzusatzstoffe in der Verarbeitung höchstes landwirtschaftliches Können und ein hohes Produktionsrisiko gerade in der zweijährigen Umstellungsphase“, erklärt Augsten.

Nach einem leichten Umsatzrückgang im Jahr 2009 hat der Bio-Markt 2010 wieder deutlich angezogen: Der Umsatz bei ökologisch produzierten Lebensmitteln stieg in Deutschland um rund zehn Prozent auf insgesamt 6,5 Milliarden Euro. Alle seriösen Untersuchungen prognostizieren einen weiteren deutlichen Anstieg in diesem Segment.

## 9. Forderung nach Stärkung der einzelnen Schulen im Zuge der Schulamtsreform

---

### **Astrid Rothe-Beinlich: Sparen ohne Konzept ist kontraproduktiv**

Bildungsminister Christoph Matschie hat angekündigt, die Anzahl der Staatlichen Schulämter zu reduzieren, um jährlich 4,4 Millionen Euro an Personalkosten zu sparen.

„Eine Reduzierung von elf auf fünf Schulämter ist bekanntlich keine große Glanzleistung von Bildungsminister Christoph Matschie und kann aus unserer Sicht nur ein kleiner Teil des notwendigen Veränderungsprozesses sein. Ein inhaltliches Reformkonzept der Schulunterstützungsstrukturen lässt sich leider – wie so oft bei den Ankündigungen aus diesem Ministerium – bisher nicht im Ansatz erkennen. Die Reform dient anscheinend einzig und allein dazu, Geld beziehungsweise Personal zu sparen – bildungspolitisch verändert sich dadurch jedoch nichts. Das ist aus unserer Sicht kopflös und kontraproduktiv. Hier betreibt die Koalition ganz klar Haushaltskonsolidierung zu Lasten von Qualität und Bildung. Wir fordern dagegen Vorfahrt für Bildung und Chancengerechtigkeit – auch und gerade in der Diskussion um die Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung“, erläutert Astrid Rothe-Beinlich unsere bildungspolitische Sprecherin.

„Wir meinen, dass gelingende Bildung endlich mehr Verantwortung vor Ort braucht. Deswegen sind der Ausbau der Schulautonomie und die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in die einzelnen Schulen vor Ort der konsequentere Schritt zur Reduzierung der Schulämter. Offensichtlich ist es nicht gewollt, die einzelnen Schulen zu stärken, damit diese selbst entscheiden können, welchen Weg der Schulentwicklung sie einschlagen, wie sie eigene Profilbildung betreiben und somit auch kürzere Wege zu den Schulträgern haben. Verantwortung braucht die notwendigen Ressourcen. Daher braucht es neben mehr Kompetenzen auch entsprechende Schulbudgets und Entscheidungsfreiheit“, erläutert Rothe-Beinlich die bündnisgrüne Position zur Schulamtsreform.

„Wenn die Landesregierung sich endlich einig werden und im Zuge einer dringend notwendigen Gebiets- und Verwaltungsreform auch die Strukturen des Schulunterstützungssystems anpacken würde, wäre ein wirklicher Fortschritt erreicht. Denn eines ist klar, wenn wir über eine Verwaltungsreform sprechen, müssen auch die Schulämter mitgedacht werden. Hier fehlt es wohl noch immer an Kommunikation oder an Konzepten – beides ist nicht gerade zukunftsweisend“, schließt Rothe-Beinlich.

## **10. Biene als ökologisches Frühwarnsystem ernst nehmen**

---

### **Dr. Frank Augsten: Anhörung soll offene Fragen zum Bienenmonitoring klären**

Während des Plenums wurde im Foyer des Landtages eine Ausstellung zur Arbeit der Thüringer Imkerinnen und Imker gezeigt. Aus diesem Anlass verwies unsere Fraktion auf die außerordentliche Bedeutung der Bienenhaltung für die Biodiversität und die Ernährungssicherung.

„Als Vorstandsmitglied des Fördervereins des Deutschen Bienenmuseums in Weimar pflege ich nicht nur enge Kontakte zu Thüringer Imkerinnen und Imkern, ich habe auch einen guten Einblick in die Sorge und Nöte rund um die Bienenhaltung“, sagt unser agrar- und umweltpolitischer Sprecher der Fraktion, Dr. Frank Augsten. „Für mich ist immer wieder erstaunlich, dass von vielen Menschen die Imkerei auf die Honigproduktion reduziert und die Bedeutung der Bestäubungsleistung völlig unterschätzt wird.“

Das weltweite Bienensterben sorgt für große Aufmerksamkeit, gilt die Biene doch als ein verlässliches Frühwarnsystem für Probleme, die sich in der Umwelt anbahnen. Das hat die EU-Kommission erkannt und die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen zum Schutz der Biene in diesem Jahr erhöht. Auch Deutschland ist aktiv geworden und ergründet im Rahmen des Deutschen Bienenmonitorings (DEBIMO) die Ursachen für die aktuellen Probleme in der Imkerei.

„Leider ist über die Interpretation der Ergebnisse des Bienenmonitorings ein wissenschaftlicher Streit entbrannt. Dabei geht es insbesondere um die Rolle neuartiger Pflanzenschutzmittel aus der Gruppe der Nervengifte, deren von der Industrie proklamierte Bienenungefährlichkeit in Frage gestellt wird“, so Augsten weiter. „Weil vom Bienenmonitoring wichtige politische Impulse ausgehen, müssen aus unserer Sicht die offenen Fragen geklärt werden. Deshalb hat unsere Fraktion ein schriftliches Anhörungsverfahren beantragt, in das die wichtigsten Akteure im Bereich der Bienenhaltung eingebunden sind.“

## **11. Für ein transparentes und schnelles Anerkennungsverfahren von ausländischen Berufsabschlüssen**

---

In dieser Plenumswoche haben wir zum zweiten Mal im Landtag über den Antrag der FDP „Chancen bieten, Potentiale nutzen – Anerkennung der von Migranten im Herkunftsland erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüsse“ beraten. Dazu erläutert Astrid Rothe-Beinlich, unsere bildungspolitische Sprecherin: „Bereits in der ersten Landtagsberatung hatten wir sehr deutlich gemacht, dass in Deutschland von den zugewanderten Erwerbstätigen mit

ausländischem akademischen Abschluss mehr als die Hälfte unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt sind. Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) kommt zu dem Ergebnis, dass jeder vierte der in der Studie befragten ALG II-EmpfängerInnen mit Migrationshintergrund über einen Berufs- oder Hochschulabschluss verfügt, der im Ausland erworben, hierzulande aber nicht anerkannt wurde. Die Probleme liegen hierbei in intransparenten Verfahren, an einer zu großen Vielzahl zuständiger Stellen, Ansprechpartner und Restriktionen. Außerdem bestehen Defizite bei der Anerkennung vor allem in rechtlicher, verfahrenstechnischer und finanzieller Hinsicht, dem nicht ausreichenden quantitativen Angebot von Beratungsmöglichkeiten, Zertifizierungsstellen, Brückenmaßnahmen und Anpassungsqualifizierungen. Das deutsche Anerkennungswesen wirkt in seiner Gesamtheit intransparent, ungerecht und undurchlässig“.

„Aus unserer Sicht braucht es einen individuellen Rechtsanspruch für alle Personen mit im Ausland erworbenen Abschlüssen auf ein leicht zugängliches, transparentes und schnelles Verfahren zur Bewertung und Anerkennung der Leistungen von MigrantInnen. Weiterhin sollten die Anerkennungskriterien, nach denen die Bewertungen erfolgen, tatsächlich so ausgestaltet sein, dass sie MigrantInnen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen tatsächlich auch eine faire Chance auf Anerkennung dieser Abschlüsse geben. Das ‚Anerkennungswirrwarr‘ muss endlich überwunden werden. Ein zentraler Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung von Anlaufstellen. Sie sollen die Antragstellenden beim Anerkennungsverfahren informieren und individuell begleiten und das Anerkennungsverfahren nach dem OneStopAgency-Prinzip durchführen. Im Plenum haben wir uns bei der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur enthalten, weil diese aus unserer Sicht nicht weit genug ging. Der Änderungsantrag der LINKEN, dem wir als Fraktion zugestimmt haben, wurde leider mit der Mehrheit von CDU und SPD abgelehnt. Die FDP hat sich bei dieser Abstimmung enthalten“, schließt Rothe-Beinlich.

## **12. Erfolg für unsere Initiative zur Einnahmesteigerung**

---

Nach der erfolgreichen Einforderung eines Subventionsberichtes in der vorigen Sitzung des Landtages konnten wir schon wieder einen kleinen Erfolg im „Finanzdschungel“ vermelden. Unseren Antrag zur Haushaltsberatung im Dezember, die Grunderwerbsteuer von derzeit 3,5 auf fünf Prozent zu erhöhen, hatte die Linke im Januar zu einem neuen Antrag „weiterverwertet“. Etwas überraschend und wohl, weil der neue Finanzminister einfach Geld braucht, fand dieser nun eine superbreite Mehrheit. Auch CDU und SPD stimmten zu. So werden demnächst etwa 22 Millionen Euro mehr pro Jahr in den Haushalt fließen. „Uns war wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass etwas höhere Grundstückskosten auch dämpfend auf den Flächenverbrauch wirken können“, erklärt unser finanzpolitischer Sprecher, Carsten Meyer, dazu.